



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0041/2018

Vorlage: ST/0052/2018		Datum: 20.04.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	36-Umweltamt	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen: Expertenanhörung für Maßnahmen, um den Rückgang von Insekten in Koblenz zu stoppen.			
Gremienweg:			
26.04.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Stellungnahme:

Die Verwaltung sieht bereits jetzt Möglichkeiten, Maßnahmen zu ergreifen, um neuen Lebensraum für Insekten zu schaffen:

Vor allem die Extensivierung der Pflege öffentlicher Grünflächen ist ein wichtiger Schritt, um die Lebensbedingungen für Insekten maßgeblich zu verbessern und ihnen den notwendigen Lebensraum zu bieten.

Den Mährhythmus zu verringern und auch Bereiche auf Wiesen stehen zu lassen mit dem Ziel, Überwinterungsmöglichkeiten zu bieten und die Anreicherung mit Blühpflanzen (heimische Kräuter und Sträucher) würden erhebliches Potential für viele Insektenarten bieten.

Nach den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes sollen bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden.

Ferner haben die Behörden des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu unterstützen. Auf dieser Basis könnten auch die Koblenzer Behörden mit in die Verbesserung der Lebensraumausstattung für Insekten eingebunden werden.

Auch Bürger/innen sind im Bundesnaturschutzgesetz dazu angehalten nach ihren Möglichkeiten zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege beizutragen.

Diese sollten über Öffentlichkeitsarbeit, ggf Förderprogramme angeregt werden, ihre Grundstücke entsprechend zu bewirtschaften.

Zwar ist entsprechender Fachverstand zur Problemlösung innerhalb der Verwaltung vorhanden, dennoch sollte sich der Umweltausschuss mit der Thematik befassen.

Daher schlägt die Verwaltung vor, dass gegebenenfalls eine Anhörung von Sachverständigen im Umweltausschuss nach entsprechender Vorberatung stattfinden sollte.

Beschlussempfehlung:

Es wird empfohlen, im Umweltausschuss nach entsprechender Vorberatung eine Anhörung von Experten durchzuführen.